



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/01/2024
Sitzungsdatum: Dienstag, 06.02.2024	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:15 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	Vertretung für Frau Stadträtin Brigitte Mader
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Jakob Schäuble	Vertretung für Frau Stadträtin Veronika Hagn
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Gabriel Engert	Referat IV
Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Entschuldigt	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	3
2. Sachstandsbericht MKKD	3
3. Gebührenbericht für die kostenrechende Einrichtung; Volkshochschule Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0022/24	8
4. Information zu den Schulbauten -mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann-	10

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 12 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Herr Engert informiert, dass erst in der nächsten Sitzung über den Spielplan berichtet werde.

Stadtrat Dr. Schickel bittet um Information zur Mittelschule Nordost und über den Zeitplan der Schulen im Südwesten. Dabei verweist er auch auf die Grundschule Hundszell.

Herr Hoffmann regt an, diesen als TOP 4 der öffentlichen Sitzung zu behandeln.

Mit den Änderungen zur Tagesordnung besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis.

Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung:**Mit allen Stimmen:**

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe

1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Engert informiert, dass die Informationen zum aktuellen Kulturgesehen in einer Tüte an die Stadträte verteilt worden seien. Weiter verweist er auf das Marieluise-Fleißer Gedenkjahr und auf den neuen Führer zum Marieluise-Fleißer-Haus, welcher zum Gedenkjahr erschienen sei. Dieser gebe einen sehr schönen Überblick über das Museum in der Kupferstraße. Auch ein Heft zur Ausstellung von Martin Creed liegt den Unterlagen bei. Dieser kleine Katalog fasse die Ausstellung und die Performance zusammen und gebe einen schönen Einblick. Herr Engert betont, dass die Ausstellung im Museum für Konkrete Kunst und Design enorm angenommen werde. Weiter verweist er auf das Programmheft zum Fem-Festival, welches im März wieder stattfinden werde.

Die Informationen werden den Mitgliedern bekannt gegeben.

Bekanntgabe

2 . Sachstandsbericht MKKD

Herr Hoffmann zeigt sich erfreut über den neu umgebauten Sitzungssaal und merkt an, dass auf die Wand hinter dem Oberbürgermeister derzeit ein Panther projiziert werden könne. Für die endgültige Gestaltung der Rückwand des Saals sei aber geplant, einen Kunstwettbewerb mit Künstlern aus der Region durchzuführen, die dort einen adäquaten und dauerhaften Panther gestalten sollen.

Weiter geht Herr Hoffmann anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Status der Baustelle, die Kosten, die Termine und auf sonstiges ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die ausführliche Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Er informiert, dass bereits beim letzten Bericht der Einbau der gusseisernen Stützen bereits erfolgt sei. Diese seien in der Zwischenzeit auch gereinigt und konservatorisch behandelt worden. Er betont, dass dies der Denkmalschutz vorschreibt. Außerdem erläutert er, warum der Ausbau des temporären Hilfswerks so knifflig sei und zeigt dies an Hand von Bildern in der Präsentation. Er merkt an, dass die vielen Verschraubungen im Hilfstragwerk alle einzeln gelöst werden müssten. Manche Teile seien so eng um die gusseisernen, historischen Stützen verbaut worden, dass diese nur mit einem Schweißbrenner wieder getrennt werden können. Herr Hoffmann teilt

mit, dass diese Arbeiten aber gut und rasch abliefen. Ein Drittel der Halle sei bereits wieder selbsttragend auf das gusseiserne Dachtragwerk zurück gelagert. Der Plan sei eine Fertigstellung dieser Arbeiten bis Ende Februar. Man hoffe, dass kein Winter- oder Kälteeinbruch dem Ganzen in die Quere komme. Die Kälte und der Schnee im November hätten einige Leistungen etwas verlangsamt. Dabei verweist er auf die Dacharbeiten und im Allgemeinen auf die Kälte im noch fensterlosen Rohbau, durch die es einen Stillstand von über eine Woche gegeben habe. Aber groß habe die Kälte das Vorhaben nicht zurückgeworfen. Das Letzte, was seit der letzten KBA-Sitzung noch gelaufen sei, ist die Einbringung der Lüftungsgeräte in die Lüftungszentralen im Untergeschoss. Weiter erläutert Herr Hoffmann die Bilder der Präsentation. In der Halle konnten noch keine Arbeiten erfolgen, weil bis dato dort das Hilfstragwerk mit schwerem Gerät abtransportiert werden musste. Weiter verweist er auf die Eingangshalle des Museums und den Standort wo später das Café untergebracht sein werde. Wenn Ende Februar das Hilfswerk ausgebaut sei, werde es mit dem an dieser Stelle noch fehlenden Rohbau-Einbauten weitergehen. Die Einbauten würden später u. a. den Museumsshop und die Kasse beherbergen. Auch die Fassadenarbeiten seien aufgrund der Kälte irgendwann einmal unterbrochen worden. Ein weiteres Bild zeige die Technik des Museums. Zu den Kosten informiert Herr Hoffmann, dass der Baupreisindex immer noch leicht ansteige. Insbesondere die Kosten für die Museumsausstattung seien aus dem Jahr 2014. Damals sei die Vorplanung erfolgt und jetzt erst laufe die weitere Entwurfs- und Ausführungsplanung. Die Ausstattung des Museumscafés solle vom Pächter mitgebracht werden. Man gehe hier von ca. 200.000 Euro aus. Diese müssen rausgerechnet werden. Dann liege man bei 1,35 Mio. Euro. Dies sei der Wert, der auf Wunsch des Stadtrates damals mehr oder weniger eingefroren worden sei. Dies sei allerdings nach 10 Jahren allgemeinem Baukostenanstieg nicht mehr haltbar. Herr Hoffmann wiederholt, dass im Hochbauamt bereits an einer ergänzenden Projektgenehmigung gearbeitet werde. Diese solle noch in der ersten Jahreshälfte den Gremien vorgelegt werden. Darüber hinaus sei man weiterhin sehr bemüht, die Gesamtkosten unterhalb der 60 Millionen Euro Grenze zu halten. Er teilt mit, dass in der letzten Zeit deshalb auch einige Gewerke neu ausgeschrieben worden seien, weil deren Kosten zu hoch waren. Dies sei bei den Estricharbeiten und bei den Sichtbetonböden der Fall gewesen. Derzeit sei man erneut in der Ausschreibung und hoffe bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch ein Gutachter sei nochmals mit ins Boot geholt worden, um günstigere Lösungen zu erzielen. Zu den Terminen gebe es nichts Neues. Nach heutigem Stand sei die Eröffnung für Mitte 2025 geplant. Herr Hoffmann teilt noch mit, dass ein Interessenbekundungsverfahren bei Gastronomen

durchgeführt worden sei. Das Referat IV hoffe im Laufe dieses Jahrs einen Gastronomen auswählen zu können.

Nach den Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sei der aktuelle Verlauf ermutigend. Sie erkundigt sich nach dem Auswahlverfahren der Gastronomie.

Hier gebe es noch keine abschließende Klärung. Herr Engert sichert aber eine Berichterstattung im Kulturausschuss zu. Beim bereits von Herrn Hoffmann angesprochenen Interessensbekundungsverfahren habe es eine ganze Reihe von Gastronomen gegeben, die die Unterlagen abgeholt haben. Auch Besichtigungen habe es bereits gegeben und nun müssten eben die Angebote fertig gestellt und abgegeben werden. Nach einer Vorsortierung werden diese dann im Ausschuss vorgestellt werden.

Stadträtin Leininger fragt nach, ob in der Ausschreibung sichergestellt sei, dass es sich um einen besonderen Ort handelt. In einem Museum für Kunst und Design gebe es ihres Erachtens erhöhte Ansprüche an die Ausstattung und das Angebot an Speisen und Getränken. All dies müsse zum Ambiente passen. Es sei klar, dass hier die Geschmäcker auseinander gehen. Trotzdem müsse dies irgendwie vorgegeben werde, denn wenn dies nicht harmoniere, leide der Gesamteindruck. Sie fragt nach, wie sichergestellt werde, dass eine Gastronomie gefunden werde, die an diesem besonderen Ort mit Angebot und Aussehen passe.

Die Möblierung und Gegenstände betreffend, welche im klaren Sichtfeld der Besucher sein werden, gebe es eine klare Festlegung der Ausschreibung. Dies könne nur mit der Freigabe des Museums beschafft werden. Herr Engert betont, dass gerade die Ausstattung des Cafés selbstverständlich zum Museum passen müsse und dies ausdrücklich in der Ausschreibung so aufgeführt sei. Es müsse ein Konzept, auch für das Speisenangebot vorgelegt werden und auf dieser Grundlage werde eine Entscheidung getroffen.

Es sei heute wieder nicht gelungen, die Vorfreude von Stadtrat Over auf das Museum zu trüben. Weiter verweist er auf die Vorfälle in Berlin und Manching und welche dazu geführt haben, dass eine spezielle Sicherheitsarchitektur seitens der Versicherungen „aufgezwungen“ worden sei. Er erkundigt sich hierzu zu den Mehrkosten.

Herr Hoffmann könne dies nicht beziffern teilt aber mit, dass sich die Versicherung nach langen Verhandlungen sehr kooperativ gezeigt habe. Insofern sei man zu einer Lösung auf Augenmaß gekommen.

Herr Schächtl merkt an, dass sich dies im niedrigeren hunderttausender Bereich befinde. Grundsätzlich sei das aufgestellte Konzept seitens der Versicherung bestätigt. Es werden ein paar Anpassungen vorgenommen und nachgesteuert, aber dies aber nicht so kostenrelevant wie zuerst erwartet.

Das Restaurant müsse zum Rest der Halle abgeschottet werden, aber dies sei nicht so schlimm wie befürchtet, so Herr Hoffmann.

Stadtrat Achhammer verweist auf den Estrich und berichtet von einem Gebäude der Stadt, wo ihm dieser Boden negativ aufgefallen sei. Er bemängelt, dass der Estrich als Bodenbelag verwendet werde. Er fragt nach, ob noch eine Beschichtung aufgezo- gen, oder der reine Estrich nur abgeschliffen werde.

Hierbei handelt es sich um den bloßen, aber geglätteten Estrich, so Herr Hoffmann. Die Architekten seien der Meinung, dass die Rauheit des Bodens zur Rauheit und den Brüchen im übrigen Gebäude passe. Auch die Wände der alten Gießereihalle seien nicht verputzt. Die Behandlung der Wände erfolge auch in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalschutz, damit das Industriedenkmal erkennbar bleibe. Die Wände werden natürlich geweißelt und sauber gemacht. So sei es auch Teil des Entwurfskonzeptes, dass der Boden einen rauen Werkstattcharakter behalte.

Stadtrat Achhammer gefalle der Boden im alten Dalwigk, der eine leichte Beschich- tung habe, sehr gut. Dieser sehe wie ein Naturstein aus. Er wisse nicht, was die Kos- ten pro Quadratmeter betragen und er wolle auch nicht derjenige sein, der die Preise hochtreibe, aber dies sei seines Erachtens ein ansprechender Boden.

Dies sei erst kürzlich diskutiert worden, merkt Herr Schächtl an. Der Betonboden sei immer schon Teil des Konzeptes gewesen. Auch im Wettbewerb sei dies so vorge- stellt worden. Dieser imprägnierte Boden gehöre zum Konzept. Der Architekt spreche sich weiter dafür aus.

Es sei sicherlich schwierig jetzt nochmals vom Konzept abzuweichen, so Bürgermeis- terin Dr. Deneke-Stoll.

Auch Herr Hoffmann ist eher dafür, keine Planänderungen mehr vorzunehmen. Eine nachträgliche Beschichtung des Bodens sei im Hinblick auf die Möblierung dann schwierig. Sein Vorschlag sei, dies nochmals mit dem Architekten zu diskutieren. Der Boden werde auch ganz leichte Risse aufweisen und könne so dem einen oder anderen nicht gefallen. Aber Herr Hoffmann betont, dass dies immer schon zentraler Bestandteil dieses Konzeptes gewesen sei. Man werde irrsinnige Mühen aufwenden müssen, den Architekten davon zu überzeugen, dass dies nun nicht gewünscht sei. Herr Hoffmann würde nicht dazu raten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert zu, dass dies von Herrn Hoffmann nochmals mitgenommen werde. Sie betont aber, keine Bauverzögerung zu riskieren.

Mitnehmen ja, so Stadträtin Volkwein, aber sie merkt an, dass es sich um eine Meinung eines einzelnen Kollegen handelt. Sie weist darauf hin, dass andere Stadtratsmitglieder den angesprochenen Boden von Herrn Achhammer nicht kennen. Hier solle man endlich mal zu einem Ende kommen. Stadträtin Volkwein glaube schon, dass sich die Architekten dabei was gedacht haben.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass Herr Hoffmann in der nächsten Sitzung ein Bild zeigen werde, sodass dem Informationsinteresse genüge getan werde. Stadtrat Reibenspieß wolle die Ausführungen seiner Stadtratskollegin Leininger nochmals aufgreifen. Wenn der Gastronom die Einrichtung selbst finanziere, wolle dieser auch bestimmen wie das Ganze aussehen solle.

Herr Engert betont, dass der Gastronom sich an die Gestaltungsvorgaben halten müsse. Diese Ausstattung habe auch Einfluss auf die anschließende Pacht. Es müsse alles vorgelegt werden, wie die Ausstattung finanziert und die Pacht bezahlt werde. Auf dieser Basis werde eine Entscheidung getroffen.

Der Bericht wird den Mitgliedern des Kulturausschusses bekannt gegeben.

Bekanntgabe

- 3 . Gebührenbericht für die kostenrechende Einrichtung;
Volkshochschule Ingolstadt
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0022/24**

Antrag:

Der Gebührenbericht der Volkshochschule Ingolstadt wird bekanntgegeben.

Die Auswirkungen von Corona werden in diesem Bericht ganz deutlich, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Erfreulich sei die zwischenzeitliche Erholung der VHS und das sehr vielfältige Kursangebot.

Der Gebührenbericht zeige deutlich, wie Corona eingeschlagen habe, so Herr Engert. Beim Vergleich der Zahlen der letzten drei Jahre sei im Jahr 2023 wieder eine deutliche Entwicklung nach oben ersichtlich. Er betont, dass eine konkrete Aussage noch nicht getroffen werden, da noch keine Schlussrechnung für das Jahr 2023 vorliege. Ersichtlich sei aber, dass sich die VHS deutlich von Corona erhole. Herr Engert merkt an, dass es seit Corona sehr viele digitale Angebote gebe, welche nicht mehr zurückgefahren werden.

Stadträtin Leininger verweist auf die Seite vier des Berichts zu Bildung und Teilhabe und merkt an, dass in der Statistik des Schuljahres 2022/2023 erfreulicherweise die Zahl der beteiligten Schulen wieder gestiegen sei. Ein Anstieg der Stunden sei aber nicht ersichtlich. Stadträtin Leininger fragt nach, warum hier die Schere so auseinandergehe und ob dies mit dem Stundenumfang zusammenhänge und mehr Kindern in den einzelnen Kursen seien. Weiter verweist sie auf das novellierte Einbürgerungsrecht und merkt an, dass es hier eine Erleichterung gebe. Dies habe sicher den Effekt, dass die Kurse mehr werden. Sie fragt nach, ob dies mit dem gegebenen Personal zu stemmen sei. Weiter verweist sie auf das seitens des Land geförderten Programms zur politischen Bildung, welches im Jahr 2023 ausgelaufen sei. Sie erkundigt sich, ob es hier ein Nachfolgeprogramm zu diesem äußerst wichtigen Thema gebe. Auch bittet sie um Info zum Verbund mit der VHS Eichstätt. In ihres Erachtens sei fair formuliert, dass man sich auf Augenhöhe befinde. Es sei allerdings klar, dass ein Unterschied zwischen der VHS Ingolstadt und Eichstätt bei dem Volumen an Angeboten

gegeben sei. Es stehe außer Frage, dass die Interessen beider Partnern berücksichtigt werden müssen. Aber der Ingolstädter Stadtrat spreche sich dafür aus, dass das Ingolstädter Interesse, auch aufgrund der Größe, entsprechend berücksichtigt werde.

Frau Dr. Neumann teilt mit, dass sich wieder mehr Schulen beim Thema Bildung und Teilhabe beteiligen. Aufgrund des Zuzugs von ukrainischen Kindern habe sich die Anzahl vermehrt. Aufgrund von Personalproblemen bei freiberuflichen Lehrkräften, sei die höhere Schulstundenzahl nicht mehr einfach zu stemmen. Glücklicherweise finden sich immer wieder Lehrkräfte, die dies gerne machen. Man sei aber dazu übergegangen, nicht nur Einzelunterricht zu erteilen, was nicht immer nur pädagogisch sinnvoll sei, sondern Kleingruppen mit zwei bis drei Schülern zu bilden. Wenn dies passe, werden diese zusammengelegt. Auch bei vier ukrainischen Schülerinnen sei es ein Unding diese einzeln zu unterrichten. Zumal gerade hier Lehrkräfte mit Deutsch als Zweitsprache sehr rar seien. Diese Tendenz gehe auch im neuen Schuljahr so weiter, dass der Stundenumfang wieder zunehmen werden.

Zur Einbürgerung teilt Frau Dr. Neumann mit, dass es eine sehr starke Nachfrage gebe. Weiter verweist sie hier auf die Zweiteilung. Die VHS sei nur die Prüfungsinstitution, die die Prüfung abnehme. Das Fachliche kläre das Fachamt. Frau Dr. Neumann merkt an, dass es hier verschiedene Möglichkeiten gebe. Prüfungen seien schon immer sehr stark nachgefragt gewesen. Gerade Sprachprüfungen seien organisationsintensiv. Man habe das Glück, dass man diese Prüfungen in zwei Sälen stattfinden lassen könne. Aber wenn man hier eine Verdoppelung habe, dann gebe es seitens der Verwaltung ein Personalproblem. Relativ einfach seien die Einbürgerungen und die politischen Tests. Diese werden mehrmals im Jahr durchgeführt. Hier habe die VHS das Privileg als einzige in Ingolstadt zu sein. Selbst wenn die VHS ausgebucht sei, könne man diese Einbürgerungstests absolvieren. Die VHS sei die einzige Institution, die Goethe-Prüfungen anbiete. Dies sei aber ein höheres Niveau. Bei steigender Nachfrage sei klar, dass man diesem unbedingt nachkommen müsse, wie dies auch bei den Integrationskursen der Fall sei. Frau Dr. Neumann informiert, dass es derzeit noch keine Warteliste gebe.

Zum Förderprogramm „Politische Bildung“ merkt sie an, dass dies toll gewesen und leider im Jahr 2023 ausgelaufen sei. Hier habe man relativ einfach über einen Verband vom Kultusministerium Mittel abrufen können. Der Verwendungsnachweis war so zu führen, dass man nicht extra einen studierten Verwaltungsleiter benötigt habe, sondern dies die VHS Leitung in einer Stunde erledigt habe. Leider gebe es kein Nachfolgeprojekt für dieses Förderprogramm. Das Kultusministerium fördere digitale

Bildungsveranstaltungen. Dabei verweist Frau Dr. Neumann auf die künstliche Intelligenz und die Digitalisierung.

Zum Verbund mit Eichstätt teilt Frau Dr. Neumann mit, dass man hier auf einem relativ guten Weg sei. Man sei derzeit dabei, eine Zweckvereinbarung vom Rechtsamt prüfen zu lassen. Diese sei mit den ersten Anmerkungen nach Eichstätt zurückgegangen. Danach werde eine Geschäftsordnung erarbeitet, die natürlich wieder vom Rechtsamt geprüft und danach dem Stadtrat vorgelegt werde. Eichstätt wolle ein Stück in die „Ehe“ einbringen. Eine positive Entwicklung der letzten Monate sei, dass eine Stelle von Eichstätt finanziert werde, die zu Hälfte für den Verbund arbeiten solle, davon wiederum ein Viertel für Ingolstadt, für den Bereich Marketing. So könne die Kernverwaltung von Aufgaben wie Social Media Präsenz oder ständig Updates der Homepage entlastet werden. Somit habe man ein Viertel der Kernkraft für diesen Verbund, der natürlich mehr Arbeit bereite, weil Ingolstadt immer der große Partner und auch die Hauptstelle sein werde, auch der Hauptansprechpartner für den Dachverband, der so wichtige Sachen wie Verwendungsnachweise, Statistiken und vieles mehr erledigen müsse. Wenn dies so komme wie gedacht, dann habe man zumindest wieder etwas Entlastung bei so einem wichtigen Gebiet wie Marketing. Frau Dr. Neumann merkt an, dass dies derzeit nebenbei laufe. Im Moment sei man ganz positiv gestimmt und interessiert.

Stadtrat Reibenspieß zeigt sich erfreut, wie der Bereich Bildung und Teilhabe gestemmt werde. Dies sei ein sehr komplexes und schwieriges Feld, welches bearbeitet werde. Weiter zeigt er großen Respekt bei Betrachtung der gewaltigen Steigerung der Teilnehmerzahlen und der geleisteten Arbeit.

Der Gebührenbericht wird den Mitgliedern des Kulturausschusses bekannt gegeben.

Bekanntgabe

4 . Information zu den Schulbauten -mündlicher Bericht von Herrn Hoffmann-

Herr Hoffmann beginnt mit seinen Ausführungen mit der Grundschule Haunwöhr und der Filialschule Hundszell. Danach werde er über die Mittelschule Nordost und die Grund- und Mittelschule Oberhaunstadt berichten.

Zur Grundschule Hundszell informiert er, dass diese Schule mit einer Hauptnutzfläche von 548 Quadratmetern der „kleine Bruder“ der großen Haunwöhrer Schule mit über 4.000 Quadratmetern Hauptnutzfläche sei. Bei den beiden Schulen gebe es nicht viel

Neues zu berichten. Er teilt mit, dass sich aufgrund des weiterhin fehlenden Förderbescheides der Regierung von Oberbayern eine Verzögerung seit November ergeben habe. Er betont, dass der endgültige Förderbescheid immer noch nicht ergangen sei. Mit den eigentlichen Bauarbeiten könne nach Eingang des Förderbescheids begonnen werden. Er fährt damit fort, dass bereits im November letzten Jahres die Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Abriss der Turnhalle in Haunwöhr und des Anbaus in Hundszell eingegangen sei. Hier habe man die Freigabe diese beiden Abbrüche zu erledigen, ohne dass dies förderschädlich sei. Nachdem im Vergabeverfahren damals mehrfach die Bindefrist verlängert worden sei, mussten leider beide Abbruchpakete neu ausgeschrieben werden. Für Hundszell sei dies ein deutlich kleineres Auftragspaket gewesen und insofern habe man hier die Maßnahmen relativ schnell neu vergeben können. Herr Hoffmann zeigt sich erfreut, dass heute im Inneren des Anbaus, mit den Abbrucharbeiten begonnen werden könne. Hier müssen gewisse Dinge demontiert werden, bevor die Abrissbirne komme. Die Firma sei, so in die Information des Hochbauamtes, heute aufgezoogen und im Verlauf würden dann die weiteren Arbeiten ersichtlich.

In Haunwöhr sei dies nicht ganz so. Herr Hoffmann merkt an, dass das Vergabeverfahren laufe und kurz vorm Abschluss stehe. Hier habe man eine Firma und man sei guter Dinge, dass diese im März mit den Abbrucharbeiten an der Turnhalle beginnen werde. Herr Hoffmann betont, dass in Haunwöhr ein deutlich größeres Volumen umzusetzen sei. Hier müsse auf den Terminplan geachtet werden. Im Moment sei man noch im mitgeteilten Terminplan. Zum Baubeginn könne er erst dann genau informieren, wenn von der Regierung der Förderbescheid eingegangen sei. Herr Hoffmann gehe davon aus, dass dies im Frühjahr 2024 erfolgen werde. Die Fertigstellung für Hundszell sei für September 2025 geplant und für Haunwöhr, dass deutlich größere Projekt für Ende 2026. Herr Hoffmann informiert, dass der Freistaat Bayern Anfang Februar die Fördersätze hochgesetzt habe und dadurch für beide Förderanträge ein höherer Förderansatz erzielt werden könne. Der Fördersatz sei nochmals um 4,3 Prozent vom letzten auf dieses Jahr angestiegen. Dies komme der Baumaßnahme zu Gute. Die Erhöhung des Quadratmeterpreises von 6.405 Euro pro Quadratmeter auf 6.682 Euro pro Quadratmeter von 2023 auf 2024, sei immer noch nicht voll auskömmlich, aber doch eine kleine spürbare Steigerung.

Herr Engert verweist auf die Investitionsliste und teilt mit, dass auch wenn die Fertigstellung bis zum Jahr 2026 erfolge, die Schule erst ab Sommer 2027 bezogen werden könne. Er betont, dass mit einer Grundschule nicht im laufenden Schuljahr, umgezogen werden könne. Insofern werde der Umzug im Sommer 2027 stattfinden, sodass

ab dem Schuljahr 2027/2028 der Unterricht in den beiden sanierten Schulstandorten stattfinden könne. So sehe dies auch der Sanierungsplan des Apian Gymnasiums vor. Dies entspreche zeitlich genau dem Zeitplan.

Herr Hoffmann informiert zu den Schulschwimmbädern. Bei der Christoph-Kolumbus-Grundschule sei das Bad wieder in Betrieb genommen. Bei der Grundschule Lessing werde das Bad wiederhergestellt und gerade beprobt. Ab März dieses Jahres werde auch dort wieder ein Betrieb möglich sein. Bei der Grundschule Pestalozzi sei das Sachgebiet Haustechnik und das Hochbauamt mit seinen anderen Sachgebieten im Moment bei den Planungsüberlegungen. Zu allererst müsse die Gesamtstatik der Halle überprüft werden. Außerdem sei man noch nicht weiter, weil das Sachgebiet technische Gebäudeausrüstung -Heizung, Lüftung, Sanitär- in diesem Winter einen großen Schwerpunkt im Bauunterhalt gehabt habe. Dabei verweist er auf die vielen in die Jahre gekommenen Schulbauten, die in dieser Saison Heizungsdefekten gehabt hätten. Hier sei derzeit dieses Sachgebiet sehr eingespannt.

Zur Grund- und Mittelschule Oberhaunstadt teilt Herr Engert mit, dass im Juli 2022 ein Raumprogramm für ein Interimsgebäude genehmigt worden sei. Dies werde auf etwas über 2.000 Quadratmetern Hauptnutzfläche angelegt. Die damalige Auslegung sei so erfolgt, damit es nach der Prognose bis zum Jahr 2030 ausreichend sei. Dieses Modulgebäude habe eine Hauptnutzfläche von 2.062 Quadratmetern und sei derzeit in der Planung. Die Oberhaunstädter Schule sei wie in U-Form gebaut und die offene Seite werde geschlossen, sodass ein komplett geschlossener Innenhof entstehe. Das Gebäude sei ein dreistöckiges Modulgebäude, das eine relativ große Hauptnutzfläche abbilde. Es werden 12 Klassenzimmer, der Ganztagesbereich und weitere Räumlichkeiten untergebracht. Wenn manches in der Pestalozzischule und in der alten Oberhaunstädter Schule provisorisch bleibe, werde bis zum Jahr 2030 die Beschulung dort sichergestellt. Bis dahin solle nach der Investitionsliste die neue Mittelschule Nordost fertig gestellt sein. Herr Engert betont, dass man hier auch im Zeitplan liege und er keine Probleme sehe. Er informiert über die gut verlaufenden Verhandlungen mit AUDI.

Zum Modulbau teilt Herr Hoffmann mit, dass dieser über ein sogenanntes Totalunternehmerverfahren abgewickelt werde, weil dieses Zeitvorteile biete. Im Moment sei man im Baureferat soweit, dass die Beauftragung zur Erstellung dieser funktionalen Leistungsbeschreibung bevorstehe. Im Weiteren würde dann quasi „ein Stück Modulbau-Schule“ ausgeschrieben. Damit lägen bei der Errichtung die Planung und der Bau

in einer Hand. Dies bringe zeitliche Vorteile. Eine Musterplanung für den Modulbau sei bereits in Eigenleistung vom Hochbau erbracht worden. Insofern schreite man auf der Zeitschiene voran. Um hier schnell agieren zu können, sei auch das Baurecht bereits geklärt. Die Funktionalausschreibung sei dann nicht mehr so aufwendig und man gehe vom Abschluss des Vergabeverfahrens an eine Baufirma noch in diesem Jahr aus. Weiter verweist Herr Hoffmann auf Gespräche mit einem ersten Interessenten. Insbesondere eine bayerische Firma zeige großes Interesse. Er wiederholt, dass es jedoch eine Ausschreibung geben werde. Nach der jetzigen Planung werde von einer Inbetriebnahme zum Schuljahresbeginn 2025/2026 ausgegangen.

An Stadtrat Dr. Schickel gewandt teilt Herr Engert mit, dass sich der Pausenhof in Oberhaunstadt durch den Modulbau nicht verkleinern werde, da ein Teil der Lehrerparkplätze bebaut werde. Für die Lehrer stelle dies wenig Probleme dar, weil diese anderweitige Parkmöglichkeiten haben.

Der Bericht wird den Mitgliedern des Kulturausschusses bekannt gegeben.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-